

A large, dark, cylindrical monument stands in a snowy landscape. On top of the monument are four candle-like structures, each with a flame-shaped top. The monument is surrounded by a low wall and a snow-covered field. The background shows a hazy sky and some trees.

# Ein friedliches 2004



GR<sup>n</sup> Sabine Gabriel

## Bewußt - S E I N

Sehr positiv war für mich das Interview, das ich für die letzte Nummer unserer Zeitung mit dem Leiter des Campingplatzes, Herrn Franz LIBAL, geführt habe.

Sein Engagement für Umweltschutz inmitten der Au ist wirklich lobenswert.

Mit der Pflege der Grünanlagen, der Pflanzenauswahl und auch der Mülltrennung wird uns gezeigt, dass es möglich ist, in vielen Bereichen auf ein ökologisches Gleichgewicht zu achten – trotz der unterschiedlichen Menschen, die sich auf einem Campingplatz einfinden.

Auch für Kinder werden verschiedene Möglichkeiten angeboten wie ein naturnaher Spielplatz mit einfachen Geräten, die der Kreativität Raum geben.

Herr Libal würde sich etwas mehr Zusammenarbeit mit der Stadt und der Tourismuswerbung wünschen – und wir sollten uns bewusst sein, dass ein gut besuchter Campingplatz mit engagierten Mitarbeitern vor den Toren Wiens ein positives Aushängeschild für unsere Stadt ist.

Zeit daher für die Verantwortlichen der Stadt, ihm einen Schritt entgegenzugehen!

GR<sup>n</sup> Sabine Gabriel

## Ein Leserbrief

### Liebe Tullner Grüne!

Lasst Euch (mal wieder) zu Eurer hervorragenden Zeitung gratulieren, sie ist wirklich eine wahre Freude!

Was mir besonders gut gefällt: die vielen Themen (von global bis lokal) die Themenwahl (interessant, relevant), die vielen AutorInnen auch von jenseits der Bezirksgrenze (macht die Zeitung lebendig), das Layout (modern, gut lesbar, gutes Bild-Text-Verhältnis), die Fotos, hervorragende Orthographie (ist ja nicht selbstverständlich, aber wohl-tuend).

Dennoch ein paar Vorschläge:

Blöd, aber ich kann's nicht ändern: Mich erinnert das Wort „Ortsgruppe“ (im Logo) an unselige Zeiten des vorigen Jahrhunderts. Und vielleicht geht's anderen auch (ein wenig) so.

Wenn man es weglässt (also: DIE GRÜNEN Tulln, wie es auch im Impressum steht), so fehlt doch eigentlich nichts, und es wäre damit nicht nur der „Ort“ Tulln, sondern auch der Bezirk Tulln abgedeckt, was kein Nachteil ist, oder?

Die Bezirkssprecherin, sollte vielleicht doch in jeder Nummer zumindest mit einer viertel Seite vorkommen.

Grundsätzlich wär's wahrscheinlich von Vorteil, immer auch ein Foto der Autorin (des Autors) zum Artikel zu stellen, das macht die Zeitung lebendig und verstärkt den Bezug der Leser zu den Personen bzw zu den Grünen insgesamt.

Otto Knell



## Liebe LeserInnen!

Für die Grünen geht mit 2003 ein sehr erfolgreiches Jahr zu Ende. Sowohl bei den letzten Nationalratswahlen Ende 2002, als auch bei den drei Landtagswahlen in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol 2003 haben die Grünen kräftig zugelegt und sind zur dritten Kraft in Österreich geworden.

Das Scheitern der Regierungsverhandlungen wurde von vielen ÖsterreicherInnen – auch aus den Reihen der ÖVP – nicht den Grünen angelastet, sondern der Sturheit des Bundeskanzlers. In Oberösterreich haben die Grünen bewiesen, dass sie inhaltliche Anliegen durchsetzen können und haben sich durch die Beteiligung an der Regierung mit der ÖVP auch von dem Ruf verabschiedet ein „Beiwagerl“ der SPÖ zu sein.

In Tulln haben die Grünen seit Anfang des Jahres mit Liane Marecsek als Fraktionsobfrau, die auch Spitzenkandidatin im Bezirk Tulln für die Landtagswahlen war und als Stellvertreterin des ersten niederösterreichischen Bundesratsmitglieds der Grünen - Elisabeth Kerschbaum - gewählt wurde, und den GemeinderätInnen Mag. Rainer

Patzl und Sabine Gabriel sowohl von der allgemein positiven Grundstimmung für die Grünen profitiert, als auch durch großartigen persönlichen Einsatz erstmals ein Ergebnis über 10% bei Wahlen erzielt. Im Bezirk wurden die Grünen von Mag. Ulli Fischer aus St. Andrä Wördern ausgezeichnet vertreten, was sich sowohl medial als auch bei den Wahlen mit 12,7% in St. Andrä Wördern und 7,2% im gesamten Bezirk positiv niederschlug.

Ab Jänner gibt es nun in Tulln in der Königstetterstr. 48-56/5/3 ein eigenes Bezirksbüro der Grünen, in dem auch die Ortsgruppe Tulln eine neue Heimat findet. Natürlich hoffen wir dadurch auf noch mehr Interesse und wollen auch neue MitarbeiterInnen gewinnen. Die Hauptaufgabe, neben der Tullner Gemeindepolitik sehen wir im kommenden Jahr in der inhaltliche Vorbereitung der Gemeinderatswahlen 2005 und in der Gründung neuer Ortsgruppen im Bezirk Tulln.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und uns ein erfolgreiches und friedliches Jahr 2004

**Die Redaktion.**

**welkamm**  
Erika Grüll Friseurmeisterin

**Tulln City Passage**

 **02272/82255**

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

# Das Gottesgnadentum im Land unter der Enns

## oder: die Kreuzritter zu St.Pölten

**E**inst schickten sich die Getreuen des mächtigen Landesfürsten zu St.Pölten an, für das Heilige Kreuz in die Schlacht zu ziehen.

Der misstrauische und eitle Bischof der Landeshauptstadt hatte den Landesfürsten auf die Probe stellen wollen und ihm ein großes, güldenes Kruzifix geschenkt.

**D**er Bischof hatte mit Argwohn beobachtet, dass der Fürst sich anschickte, immer häufiger in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten, sodass der weltliche Glanz jenen des Kirchenmannes zu übertreffen drohte. Der Fürst verstand es prächtig, die KRONE und andere Insignien für seine Zwecke zu nutzen.

Der Bischof wollte herausfinden, was der Fürst mit dem Kreuz tun werde, ob er es denn auch an jenem vorzüglichen Orte anbringen würde, wo er sich mit seinen getreuen Lehensmännern traf, um über das Recht für die Menschen im Lande unter der Enns zu entscheiden: Würde der Fürst das geschenkte Kruzifix nicht öffentlich im Saale der Gesetzgebung aufhängen lassen und damit als Herrscher von Gottes Gnaden die Vorherrschaft des Bischofs akzeptieren oder würde er es gar ablehnen, so könnte der Bischof die Frömmigkeit des Volkes anrufen und den Fürsten der Gottlosigkeit zeihen.

**D**er listige Bischof wusste wohl, dass die Macht der Kirche auch beim Volke im Verblasen war, dass viele den Tribut an die Kirche nicht mehr zahlen wollten und ihr deshalb fern blieben, gleichzeitig aber doch vom schlechten Gewissen geplagt wurden und umso eifriger die Symbole der kirchlichen Macht verteidigen würden.

Wäre die Gesetzgebung des Landes fürderhin jedoch für alle sichtbar unter das Zeichen des

Kreuzes gestellt, so hieße dies in aller Öffentlichkeit, dass das Kreuz als staatliches Symbol der allerhöchsten Billigung findet und dass die Ungläubigen im Lande nicht mit dem Wohlwollen des Fürsten und seiner Getreuen zu rechnen hätten. Wie immer der Fürst entscheiden würde, es könnte dem Bischof dabei dienlich sein, die KRONE wieder an sich zu binden.

**D**er Fürst erkannte die List des Bischofs und sann nach einem Ausweg: Er befahl seine Getreuen zu sich und sprach: „Der Bischof will uns auf die Probe stellen und die Politik im Lande unter die Vorherrschaft des Kreuzes stellen. Entspreche ich seinem Wunsche, dann dominiert ein kirchliches Symbol,



(s. Pfeil Mitte Bild) - das Kreuz des Fürsten

das Geschenk des Bischofs, die Gesetzgebung. Schlage ich das Geschenk aus, so wird es landauf und landab heißen, der Fürst missachte das Zeichen des Kreuzes.“ Und der Landesfürst sann gleichermaßen nach einer List:

**E**r ordnete seinen Getreuen an, zwar das Symbol des Kreuzes in den Sitzungssaal zu

nehmen, aber nicht das güldene Kruzifix des Bischofs, sondern ein kleineres, hölzernes Kreuz, welches den Glanz der KRONE nicht zu überstrahlen vermochte. Überdies tat der Fürst, was er in heiklen Situationen stets mit viel Geschick verstand: Er schickte einen seiner ergebenen Statthalter aus, um dem Volke die Entscheidung kundzutun. So konnte er sicher sein, dass seine KRONE keinen Schaden nehmen würde, und dass jeder giftige Pfeil der Kritik den Statthalter treffen würde.

**U**nd so geschah es. Der Statthalter tat die Entscheidung als die seine kund und machte sich die List des Bischofs zu eigen: Da es nun das schlichte Kreuz des Fürsten war, für welches er

die Fehde zu führen hatte, begegnete er jeglicher Kritik mit der Inbrunst eines Kreuzritters. Vergessen waren die Zeiten, in denen sich die Trennung von Kirche und Staat bewährt hatte. Verdrängt war auch jenes Wort des Evangeliums, wonach dem Kaiser zu geben sei, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.



LABG. MMMag<sup>Dr.</sup> Madeleine Petrovic

**U**nd in den Wind geschlagen wurden die Warnungen all jener, die mahnten, dass ein bestimmtes religiöses Symbol über alle anderen im weltlichen Bereich dominieren solle und damit Zwietracht unter die Menschen im Lande bringen könnte.

**D**er Statthalter und andere Getreue des Fürsten nutzten die Macht der KRONE, um kritische Meinungen zu ächten. In schrillen Tönen machten sie sich zu Hütern des landesfürstlichen Kreuzes, überboten einander wortreich in ihrer zur Schau gestellten Gottesfurcht und ließen keinen Zweifel daran aufkommen dass die Gesetzgebung fürderhin im Zeichen des Kreuzes stattfinden werde. Kritische Stimmen deuteten sie als Ketzerei und ließen keinen Zweifel daran, dass sie bereits gerüstet seien, von St. Pölten aus in einen späten letzten Kreuzzug zu ziehen. In der Abgeschiedenheit der weiten Wälder des Landes sammeln sie Holz für mediale Scheiterhaufen.

Und, um ernst genommen zu werden, üben sie bereits im Geheimen noch etwas unbeholfen und allemal übertrieben - im St. Pöltner Harnisch für die Schlacht der Worte.

**U**nd wenn sie nicht gestorben sind, dann finanziert Raiffeisen sie noch heute. Amen und vergelt's Gott!

**Madeleine Petrovic**



GR Mag. Rainer Patzi

## Grünes Teleskop

### Zuwenig Müll für die Müllverbrennungsanlage?

Ab 1. Jänner nächsten Jahres soll Müll nicht mehr so genau getrennt werden wie bisher. Im gelben Sack werden nur noch Kunststoffflaschen gesammelt. Die restlichen Kunststoffe werden gemeinsam mit dem Restmüll in der Müllverbrennungsanlage in Dürnrohr verbrannt.

Damit ist genau das eingetreten wovor wir Grüne gewarnt haben: Damals wurden unsere Argumente noch belächelt und alle Verantwortlichen meinten einhellig, dass genug Müll für die Anlage da sein würde.

Nachdem es aber nicht gelang alle niederösterreichischen Gemeinden zu verpflichten ihren Müll nach Dürnrohr zu bringen, müssen jetzt anscheinend alle möglichen Anstrengungen unternommen werden um den Müllöfen auszulasten.

Hinzu kommt, dass es aus der Sicht der Anlagenbetreiber jammerschade wäre den Kunststoff nicht zu verbrennen, wo er doch so einen hohen Brennwert hat. Manche behaupten ohne Kunststoff würde der Restmüll nur sehr schlecht brennen.

Wie so oft hat sich also gezeigt, dass wir Grüne mit unseren Befürchtungen Recht gehabt haben. Das ist aber wahrlich kein Grund darüber in Jubel auszubrechen. Viel wichtiger ist es, dass unsere Warnungen und Befürchtungen in Zukunft bereits im Vorfeld beachtet werden.

GR Mag. Rainer Patzi

## Gerechtigkeit bei Gebührenerhöhungen

### Grüne fordern Wasserzähler für jeden Haushalt

Die Bevölkerung von Tulln muss im nächsten Jahr tief in die Tasche greifen. Grund dafür sind teilweise drastische Gebührenerhöhungen der Stadtgemeinde in vielen Bereichen. Jahrelang gab es keine Erhöhungen. Jetzt wird alles auf einmal teurer. Das ist eine enorme Belastung für die Bürger in Tulln. Die Erhöhungen auf mehrere Jahre aufgeteilt, wäre für die Menschen verträglicher gewesen. Die Grünen kritisieren auch die Art der Erhöhungen. Bei den Wassergebühren spüren die Preissteigerungen besonders diejenigen, die wenig Wasser verbrauchen. Die Großverbraucher kommen vergleichsweise glimpflich davon. Gerade

in diesem Bereich könnte man durch die Gebührengestaltung dafür sorgen, dass sparsamer Umgang mit Wasser sich auch finanziell auszahlt. Ein erster wichtiger Schritt für mehr Gerechtigkeit wäre die Anbringung von Wasserzählern in jedem Haushalt. In Hamburg sank z.B. nach dieser Maßnahme der Wasserverbrauch um 20%. Unter anderem sind folgende Erhöhungen geplant: Wassergebühren, Eintritt Hallenbad, Sauna, Solarium, Aubad, Kunsteisbahn, Anrufsammeltaxi, Kulturveranstaltungen, Vermietungen des Stadtsaales, Bastelbeitrag im Kindergarten, etc.

GR<sup>n</sup> Liane Marecsek



## Derzeit keine Gefahr durch Mülldeponie

### Grüne fordern weitere Informationen

Aufgrund eines Antrages der Grünen Tulln wurden in der ehemaligen Mülldeponie nördlich der Stadt zwei zusätzliche Sonden errichtet. Die Ergebnisse liegen jetzt vor. Derzeit ist keine Gefahr für das Trinkwasser gegeben. Trotzdem werden die Grünen Tulln auch in Zukunft die Deponie im Auge behalten. Es könnte sein, dass längere Zeit alles gut geht, aber, man weiß nie, ob nicht noch gefährliche Stoffe ausgeschwemmt werden. Immerhin lagert dort Sonder-

müll wie Batterien, Krankenhausmüll und vieles mehr. Die Grünen fürchten Schäden ähnlich wie im südlichen Niederösterreich. Auch dort sind ihre Warnungen jahrelang belächelt worden. Zudem fordern die Grünen auch die Erfüllung aller weiteren Punkte des Antrages:

- ★ Information über die Werte aller Messstellen
- ★ Welche anderen Deponien gibt es in Tulln und wie gefährlich sind sie?

GR<sup>n</sup> Liane Marecsek

## Kurioses

Eine kuriose Meldung kam kürzlich in der „Pröllsendung“ im ORF-NÖ. Da wollte ÖVP-Labg. Riedl in Niederösterreichische Gemeinden Spielhallen bauen, um mit den daraus resultierenden Einnahmen – großteils von Jugendlichen – ihre Gemeindebudgets sanieren.

Nein, sagte der „Landesvater“, das wäre unmoralisch. Vielleicht sollte man den Gedanken aber weiter spielen, da gibt es noch einige ungenutzte Ressourcen. Wie wäre es mit Menschenhandel, Kinderprostitution, Geldwäscherei und ähnlichen einträglichen Geschäften für die Gemeinden. Vielleicht könnte sich dann Tulln auch endlich ein ganzes Heer von Nibelungenstatuen an der Donau leisten oder aber ein abgewracktes Kriegsgeschütz an jeder Einfahrt in die Stadt?

Erika Simané



Ab Jänner gibt es ein neues  
Grünes  
Bezirksbüro!  
3430 Tulln  
Königstetterstr.  
48-56/5/3

Die aktuellen  
Öffnungszeiten  
entnehmen Sie bitte  
unserer Homepage:  
[www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at)

## Jahresrückblick aus dem Gemeinderat 2003

Wir blicken auf ein sehr arbeitsreiches Jahr zurück und können über viele Erfolge für die Tullnerinnen und Tullner - aufgrund unserer Anträge im Gemeinderat berichten:

★ Endlich wird die Gelsenbekämpfung mittels BTI als Alternative zum Nervengift Malathion durchgeführt.

★ Ein behindertengerechtes WC wurde am Hauptplatz installiert.

★ Der Grüngürtel entlang der Südumfahrung wird geschlossen.

★ In der Mülldeponie Tulln wurden zwei zusätzliche Messstellen errichtet. Die Ergebnisse aller Messungen werden allen

★ Resolution Einkaufszentren – das Land NÖ soll gesetzliche Bedingungen schaffen, dass wirtschaftliche Ansiedlungen eine ergänzende und keine zerstörerische Wirkung auf die bestehende Wirtschaft ausübt. Dass die Raumordnungskonzepte durch regionale Verkehrskonzepte ergänzt werden, und eine aufkommensneutrale Handelsabgabe soll zugunsten der Nahversorgung eingehoben werden.

★ Der Kauf von Fahrradanhängern wird in Zukunft von der Gemeinde finanziell unterstützt.

★ Seit Jahren fordern die Grünen generelle Ausschrei-



Förderung von der Gemeinde: Fahrradanhänger

Ausschussmitgliedern schriftlich bekannt gegeben.

★ Der Trimm-Dich-Pfad wird im Tullner Aubad in Angriff genommen.

★ Der Weg zwischen Leopoldgasse und Karl-Metz-Gasse wurde befestigt.

★ Stellungnahme zu der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung zur Schnellstraße Hate/Jihlava. Die Schnellstraße wird gravierende Auswirkungen auch auf Tulln haben – starke Verkehrszunahme, sowie starker Kaufkraftabfluss durch das Factory Outlet-Center an der Grenze

ungsrichtlinien und Einsicht in die Messe- und Liegenschaftsaufbereitungs GmbH. Das Land NÖ hat dieses Jahr in einem 58 Seiten langen Bericht bestätigt, dass die Rathausmehrheit Preisabsprachen durchführt und sich nicht an die Gesetze hält.

Wir laden alle Tullnerinnen und Tullner ein mitzuarbeiten. Anregungen und Wünsche sind herzlich willkommen.

Die Grünen GemeinderätInnen:  
**Liane Marecsek,**  
**Mag. Rainer Patzl,**  
**Sabine Gabriel**

## Die Schulden von Tulln steigen deutlich!

Die guten Jahre scheinen vorbei zu sein. Finanzkennzahlen von Tulln verschlechtern sich im Voranschlag für das Jahr 2004 dramatisch. Insgesamt wird das Tullner Budget für nächstes Jahr nach einigen ausgeglichenen Haushalten wieder ein deutliches Defizit aufweisen.

Die jetzt vorgelegten Zahlen sind nur eine Prognose für das nächste Jahr. Vergangene Jahre haben gezeigt, dass die Zahlen oft nicht einmal ansatzweise stimmen. Gerade dort wo es schwierig ist genau Zahlen zu prognostizieren (Donaubühne, Ausstellungen, etc.) geht Bgm. Stift immer vom Idealverlauf aus. Das führt dann dazu, dass meistens die Einnahmen geringer und die Ausgaben höher sind als angenommen wurde.

Die laufenden Einnahmen sinken, da die schwarz-blaue Regierung die Gemeinden immer mehr unter Druck setzt.

Gleichzeitig steigen die laufenden Kosten. An diesen sieht man die finanziellen Auswirkungen der Prestigeprojekte von Bgm. Stift der vergangenen Jahre deutlich. All diese Projekte (Donaubühne, Ausstellungen, Museen, etc.) ziehen in den Folgejahren enorme Kosten nach sich.

Dadurch verringert sich der Spielraum der Gemeinde deutlich. Immer größere Anteile der Einnahmen sind fix gebunden. Für Investitionen bleibt daher immer weniger Geld übrig: nächstes Jahr nur noch knappe 400.000 Euro. In den vergangenen Jahren war dieser Betrag um ein vielfaches höher. Hinzu kommt, dass diese verfügbaren 400.000 Euro auf äußerst positiven Annahmen beruhen. Steigen z.B. die Zinsen für Kredite nur um EIN (!) Prozent, so wird die Gemeinde nächstes Jahr für Investitionen gar kein Geld zur Verfügung haben. Zwangsläufig folgen mehr Schulden. Die Kreditneuaufnahme steigt um 130%. Trotzdem sinkt das Budget für außerordentliche Maßnahmen. Somit werden die Schulden der Gemeinde Tulln Ende nächsten Jahres bereits über 29 Millionen Euro betragen. In Schilling ist damit die Schulden-Schallmauer von 400 Millionen überschritten. Die Nachfolger der jetzt regierenden ÖVP-Granden werden kämpfen müssen die angehäuften Schulden zurück zuzahlen. Man möge sich in einigen Jahren daran erinnern wer der Stadt die Schulden eingebrockt hat.

**Mag. Rainer Patzl**

## Wette gewonnen!



GR Mag. Rainer Patzl gewinnt Wette mit STR Mag<sup>a</sup>. Susanne Schimek. Nachdem die Budgetvorhersagen in den letzten Jahren gerade in den Bereichen Ausstellungen und Donaubühne immer katastrophal daneben lagen wettete GR Mag. Rainer Patzl im heurigen Frühjahr mit Stadträtin Mag<sup>a</sup>. Schimek (Donaubühne) und Bgm. Stift (Ausstellungen) um je 6 Flaschen Wein, dass die Zahlen in diesen Bereichen um mindestens 20% zu ungunsten der Gemeinde daneben liegen würden. Da die Donaubühne bereits abgerechnet wurde und die Ergebnisse, wie üblich, weit von

der Prognose entfernt waren, konnte der Grün-Gemeinderat seinen Wettgewinn von der Kulturstadträtin entgegen nehmen. Bgm. Stift wird seine Wette noch einlösen...



## Unter der Lupe!

Langenrohrs Einkaufszentrum wird ausgebaut. Daran ist nicht nur der Bau der Rosenbrücke schuld, sondern auch der Ausbau der Straßen, die die Menschen schnell dorthin bringen sollen. Dass aber Straßen immer mehr Verkehr anziehen und diese dann heillos überlastet sind, wissen wir nicht erst seit jetzt.

Und was macht die Tullner ÖVP? Jahrelang hat sie mit ihren Maßnahmen diese Situation begünstigt. Und jetzt geht sie auf ihre Parteikollegin, die Langenrohrer Bürgermeisterin, los, obwohl diese nur von ihrem Recht Gebrauch macht. Ja, Sie haben richtig gelesen. Denn in Niederösterreich fehlen geeignete Raumordnungsgesetze. Dafür ist die Landesregierung zuständig. Wir Grünen haben heuer zu dem Thema eine Resolution an das Land im Gemeinderat eingebracht.

Anstatt die Energie zur Durchsetzung der Raumordnungsgesetze zu verwenden, wird nun von der Tullner ÖVP ein Kleinkrieg mit der Nachbargemeinde geführt.

Verwundern lässt, dass sich der Bürgermeister in der Wirtschaftskammer und im Land nicht durchsetzen kann, denn LH Pröll hat scheinbar ganz andere Pläne.

Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, der Bau neuer Schnellstraßen, Errichtung neuer Einkaufszentren. Leichter ist es da natürlich den ganzen Grant mit unfairen Methoden bei der Nachbargemeinde abzuladen.

Fressen oder Gefressenwerden ist hier die Devise. Ob das wirklich zu einem Erfolg führt, bezweifle ich.

GR<sup>n</sup> Liane Marecsek

## Trendstadt Tulln – Umfrage

Die Tullnerinnen und die Besucher sind sehr zufrieden mit der Einkaufsstadt. Die Umfrage des Gemeinderats ergibt: Was fehlt ist ein Branchenmix und Jugendangebote.

Tullns Geschäftswelt kann sich scheinbar gegen die Konkurrenz sehr gut behaupten. Denn die Umfrage hat eindeutige Werte gebracht. 77 % der TullnerInnen und 80 % der Menschen, die in Langenrohr einkaufen, kaufen auch im Stadtzentrum von Tulln ein.

Die Käuferzufriedenheit ist sehr hoch: 68 % der Gäste aus dem Großraum Tulln bezeichnen sie als „sehr zufriedenstellend“. Bei der Stadtbevölkerung äußerten sich 87 % positiv.

71 % der auswärtigen Besucher verbindet Shopping in Tulln auch mit anderen Aktivitäten. Diese liegen im Bereich der Freizeitgestaltung, wobei hier die Bedeutung der örtlichen Gastronomie hervorzuheben ist. Auch das Flanieren – Geschäfte anschauen – ist sehr beliebt. Schlecht bewertet: Branchenmix und Angebote für die Jugend. Nur jeder zweite junge Mensch kauft in Tulln ein. Hier fehlen scheinbar die Angebote für die Jugend.

Vor allem die älteren Menschen von Tulln kaufen fast ausschließlich im Ort ein. Nur 6 % kaufen außerhalb. Daher muss auf diese Gruppe besonders Rücksicht genommen werden.

81 % der TullnerInnen finden, dass das Parkplatzangebot genügend ist, - und auch 72 % aus dem Einzugsgebiet finden das. Daher sehe ich die Notwendigkeit einer Tiefgarage nicht, wie



Der lebendige Hauptplatz in Tulln

In die Stadt kommen 40 % der TullnerInnen zu Fuß, 29 % mit dem Fahrrad und nur 37 % mit dem PKW. Das ist auch ein Auftrag an uns PolitikerInnen. Geben wir endlich dieser Gruppe den Platz, den derzeit die motorisierte Bevölkerung hat!

das Bürgermeister Stif in einem Interview meinte. Dass die Problematik durch steigendes Verkehrsaufkommen nicht leichter wird, steht außer Frage. Doch solange die Parkhäuser leer stehen, sind wir zu einer Tiefgaragendiskussion nicht bereit. Intelligente Lösungen sind sicher möglich.

Diese Umfrage hat sich vorwiegend auf den PKW-Verkehr und die Parkplatzsituation konzentriert. Abänderungsvorschläge der Grünen, andere Kriterien auch zu berücksichtigen wurden einfach ignoriert.

Und: auf die Bedürfnisse der nicht motorisierten BewohnerInnen Tullns ist bei dieser Umfrage überhaupt nicht eingegangen worden.



15 Minuten später: Langenrohr!

GR<sup>n</sup> Liane Marecsek

## Landesgartenschau statt „Wasserspektakel“ ?

Zitat Bernd Lötsch: „Wo Natur ist, soll der Mensch nicht eingreifen“.

Wieder einmal hat Bgm Stift ein Riesenprojekt am Gemeinderat vorbei auf die Beine gestellt. Ohne eine Besprechung in den zuständigen Ausschüssen wurde bei der letzten Gemeinderatsitzung die Landesgartenausstellung 2008, ein 10 Mio. Euro Projekt, beschlossen.

Obwohl es seit 1.7.03 Gespräche betreffend Landesgartenschau zwischen ÖVP und dem Land gibt, wurden die Oppositionsparteien nicht darüber informiert. Auf dieser Basis Entscheidungen zu treffen erscheint uns Grünen unverantwortlich.

Wir sehen sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch Chancen als auch Risiken bei diesem Projekt. Die Grünen können sich eine Zustimmung unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen:

★ Das Areal, auf dem bereits 1999 ein künstlicher Wasserpark errichtet werden sollte, ist jetzt noch weitgehend naturbelassen, daher ist uns die angekündigte ökologische Aufwertung dieses Gebietes besonders

wichtig. Im Gegensatz zu dem 1999 geplanten Wasserspektakel mit Eintrittsgeld, soll der Großteil dieser Fläche weiterhin frei zugänglich bleiben und nur für einen kleinen Teilbereich Eintritt verlangt werden. In Zukunft wird der Mensch pflegen und bewässern müssen – ein Stück natürlicher Lebensraum weniger für Tulln. Als Ersatz dafür sollen gemeindeeigene Flä-

chen nördlich der Donau als schützenswerte Zone bzw. zum Landschaftsschutzgebiet erklärt werden.

★ Es dürfen keine Umwidmungen für das zu nutzende Areal erfolgen.

★ Offene Fragen, z.B. wie wird mit den derzeitigen Nutzern des Areals (Kleingärten, Siedlungen) umgegangen, müssen geklärt sein.

★ In den Fachbeirat sollen auch VertreterInnen von WWF und den zuständigen Naturschutzbehörden mitarbeiten.

★ Die Bevölkerung muss umfassend informiert werden und muss auch die Möglichkeit einer Stellungnahme haben.

★ Das wirtschaftliche Risiko für die Stadt muss überschaubar bleiben.

Gr<sup>n</sup> Liane Marecsek

### Ein Brunnen - vor dem Tore der Stadt...



Die behübschte „Installationsbaustelle“ - Brunnen im Kreisverkehr...

Da gibt es jetzt doch endlich Richtung Langenlebarn auch einen Kreisverkehr.

Diesen ziert ein undefinierbares Etwas, das an die Feuerweherschule in Tulln erinnern soll. Leider ist das – was als Wasser- und Lichtspiel geplant war nur über den Sommer in Betrieb und selbst da verursacht es an windigen Tagen Überschwemmungen auf der Fahrbahn. Die restliche Zeit, wenn der „Brunnen“ abgeschaltet ist erinnert er frappant an eine Bauruine.

Erika Simané

## Erlauscht!

Bürgermeister X und sein Vize beim Gespräch (anlässlich des Jubiläums 10 Jahre Bürgermeister X:

Vize: Du, ich gratuliere dir zu 10 Jahren als Bürgermeister.

X: Ja, danke, wie doch die Zeit vergeht. Hast auch ein Geschenk für mich?

Vize (holt eine Zeitung hervor): Die Festschrift da, hab ich für Dich machen lassen. Wird morgen an alle Haushalte geschickt.

X: Und ich hab schon glaubt, dass ihr im Bauausschuss endlich eine Strasse nach mir nennt.

Vize: Das kommt schon noch, aber sag einmal wie g'fällt Dir denn die Zeitung.

X: Eh recht nett, ein paar Brun-

nen und Kreisverkehre mehr hättest noch reingeben können.

Vize: tut mir leid, mehr sind beim besten Willen nicht gegangen, außerdem haben wir ja in den letzten 10 Jahren so viel gebaut, da wollt ich möglichst viel davon drinnen haben.

X: Wenn ich mir die Fotos anschau', was ich alles hab' machen lassen. Ist wirklich schön geworden, meine Stadt.

Vize: Na ja, Du warst ja wirklich nicht leicht zu bremsen. Ständig irgendwelche Riesenprojekte. Ich bin nur so froh, dass wir bald

mit dem Ganzen nichts mehr zu tun haben.

X: Wieso denn das? Bist amts-müde, du bist doch eh erst seit 1965 im Gemeinderat

Vize: Nein, ich mein ja nur dass die nach uns kein Geld mehr zum Ausgeben haben werden. Wenn'st dran denkst, dass wir die Sparkassa um 200 Millionen verkauft haben und trotzdem viel mehr Schulden haben, als vor 10 Jahren.

X: Sieh das nicht so negativ. In jeder Chronik in einigen Jahrzehnten kann man dann lesen,

dass in der Ära X so viel gebaut worden ist. Das haben wir ja ausnutzen müssen, solange wir noch die absolute Mehrheit haben.

Vize: Wie lang müssen wir uns eigentlich diesen Job noch antun?

X: Der Gruber Willi (Bürgermeister in St. Pölten) ist auch mit 70 noch einmal angetreten. Ich geb' auf keinen Fall vor dem auf, und du gehst mir vorher auch nicht, schließlich bin ich ohne dich ja aufgeschmissen.

Vize: Da wird mir wohl nichts anderes übrigbleiben. ●

Sie kennen die Beiden??? Eigentlich wir auch.....

## Zurück an den Start.....

### Grüne Kritik am Entwurf des bundeseinheitlichen Tierschutzgesetzes



Abg. z. NR Mag<sup>a</sup> Brigida Weinzierl

Bundesländern. Im Entwurf für das Bundestierschutzgesetz ist ein solches Verbot aber nicht vorgesehen, es soll auch – wie den Äußerungen von ÖVP-Politikern, allen voran Minister Pröll zu entnehmen war – keinesfalls kommen. Das bedeutet aber auch die Aufhebung des Verbots in den Bundesländern und somit eine klare Verschlechterung aus Perspektive des Tierschutzes.

#### Leere Gesetzeshülle statt klarer Regelungen

In allen Fragen der Tierhaltung bleibt das Gesetz jegliche Regelung schuldig und delegiert sie per „Verordnungs-Ermächtigung“ an ein (oder mehrere) Ministerien. Damit ist zu befürchten, dass auch hier eine Nivellierung bestehender Länderbestimmungen nach unten stattfinden wird. So sind zum Beispiel Vollspaltenböden in der Schweinehaltung in mehreren Bundesländern (Salzburg, Tirol, Wien) verboten.

#### Verschlechterungen und Rückschritte

Wie befürchtet, bringt der Gesetzesentwurf eine Nivellierung nach unten - und damit eine Verschlechterung des bereits erreichten Tierschutzstandards zumindest in mehreren Bundesländern. Eklatantestes Beispiel ist die Käfighaltung von Legehennen, deren Verbot eine zentrale Forderung von Grünen und TierschützerInnen seit vielen Jahren ist.



Und ab zur Weiterverarbeitung - siehe Pfeil - das Tier lebt noch!

Gesetz nicht inhaltlich geregelt, sondern nur mit Verordnungsermächtigung in verschiedenen Ministerien versehen:

- ★ Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren.
- ★ Haltung von Wildtieren.
- ★ Haltung von Tieren in Zirkussen.
- ★ Haltung von Tieren im Rahmen gewerblicher Tätigkeiten (Tierhandlungen etc).
- ★ Transport von Tieren.
- ★ Kennzeichnung von Stallsystemen.
- ★ Nähere Bestimmungen über den Schutz von Tieren bei der Schlachtung und Tötung.
- ★ Verbot von Stachelhalsbändern für die Ausbildung von Diensthunden der Sicherheits-exekutive.

mit seiner Zustimmung und im Einvernehmen mit ihm können Regelungen als Verordnung erlassen werden. Bei den Haltingvorschriften gibt es überdies den gesetzlichen Auftrag, sich an ökonomischen Bedingungen zu orientieren. Eine Bankrotterklärung für ein Tierschutzgesetz!



Was manche Menschen unter „Tierhaltung“ verstehen

#### Kein Verbot der Käfighaltung von Legehennen

Ein Verbot der Käfighaltung von Legehennen besteht in Österreich gesetzlich bereits in fünf

Kommt nicht in der entsprechenden Verordnung ein generelles Verbot – was nicht zu erwarten ist – so gilt auch hier: Aus für die tierfreundlichere Bestimmung.

Folgende Bereiche sind alle im

#### Vetomacht für den Landwirtschaftsminister!

Die lange Liste der Verordnungsermächtigungen wirft nicht nur die Frage auf, was das Gesetz selber noch zu regeln beansprucht, sondern macht auch eines sichtbar: in allen Bereichen, die auch nur entfernt mit der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu tun haben, gibt der Gesetzesentwurf dem Landwirtschaftsminister ein Vetorecht. Nur

„Für mich gibt es keinen vernünftigen Grund, der gegen eine österreichweit einheitliche Regelung des Tierschutzes spricht, außer das Parlament würde sich dazu versteigen, eine bundeseinheitliche Regelung auf einem Niveau zu verabschieden, das für die Tiere in einzelnen Bundesländern eine Verschlechterung bedeutet.“  
Dir. Pechlaner bei der Tierschutz-Enquete im Parlament  
10.4.2003





**DIE GRÜNEN**  
Tulln an der Donau

## Fazit

Der Gesetzesentwurf bleibt fast alles schuldig, was man von einem Bundestierschutzgesetz erwarten muss. Insbesondere sind das, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen:

desebene nicht neu, sondern fasst einige bereits bestehende Regelungen zusammen und nivelliert andere nach unten, während weitere auch in Zukunft ausgeblendet bleiben. Die gewählte Vorgangsweise und die (fehlende) inhaltliche Qualität des

## Kennzeichnungspflicht

Bravo! Die EU hat Großartiges geschafft: Auf allen Zigarettenpackungen prangen Horroraufschriften um die „unwissenden“ KonsumentInnen zu warnen. Mit Millionenaufwand müssen alle Herstellerfirmen ihre Packungen, ja sogar ihren Namen ändern, ohne dass auch nur irgendjemand daran glaubt, damit den Zigarettenkonsum zu reduzieren, und wahrscheinlich will das ja auch niemand ernsthaft, da der Staat ja ganz besonders gut an den Rauchern verdient. Gleichzeitig legte der Bundeskanzler den Entwurf für ein neues bundesweites Tierschutzgesetz vor, das er vor der letzten Wahl ja vollmundig versprochen hat. Das darin nach unten nivelliert wird haben die Grünen befürchtet und es ist auch eingetreten. Ein markantes Beispiel sind die Legebatterien, die jetzt schon in fünf Bundesländern verboten sind – leider nicht in Niederösterreich –, sie wären grundsätzlich wieder erlaubt.



Erika Simané

Jämmerlich Schüssels Erklärung: „Wenn es nicht gesetzlich verboten ist, kann man es ja immer noch über Verordnungen regeln“. Ich erwarte mir eine Verordnung, bei der auf jedem Ei, auf jedem Brat- oder Backhendl, das aus Legebatterien stammt mindestens auf der Hälfte seiner Oberfläche ein Hinweis steht:



„Lebensraum“ für Schweine



**„ACHTUNG, DIESES LEBENS- MITTEL WURDE MIT UNEND- LICHEN TIERQUALTEN UND UNTER NICHTBEACHTUNG EINER ARTGERECHTER TIER- HALTUNG PRODUZIERT!“**

Erika Simané

- ★ strenge Tierhaltungsvorschriften, auch für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung.
- ★ Tieranwaltschaft und verbesserte Kontrollsysteme.
- ★ Tiergütesiegel (nach dem Tiergerechtheitsindex).
- ★ Verbot der Käfighaltung von Legehennen.
- ★ Verbot der privaten Haltung von Wildtieren oder gefährlichen Tieren.
- ★ Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung.
- ★ Übernahme der jeweils strengsten Bestimmungen der Bundesländer.

Gesetzes lassen nur den Schluss zu, dass die ÖVP es gezielt auf ein Scheitern des Bundestierschutzgesetzes anlegt

Das Wahlversprechen, Österreich werde ein neues, modernes Bundestierschutzgesetz erhalten, muss somit als gebrochen betrachtet werden.

**Brigid Weinzinger**

Dieser Text ist ein Auszug aus der Stellungnahme der Grünen zum Gesetzesentwurf. Den gesamten Text können Sie unter [www.gruene.at/texte/dokument\\_20238.doc](http://www.gruene.at/texte/dokument_20238.doc) nachlesen.

Der Entwurf kann daher in dieser Form nur als inakzeptabel bezeichnet werden. Er regelt Tierschutzangelegenheiten auf Bun-

## Unser nächster Bezirks-Stammtisch



findet am Mittwoch den 28. Jänner ab 19:30 Uhr in der Nibelungenstube der Fam. Puxbaum in Zeiselmauer statt!

3423 Zeiselmauer Bahnhofplatz 1

**Wir freuen uns auf Ihr Kommen!**

## Stopp dem Geschäftsterben in Niederösterreich

Wirtschaft ist keine eindimensionale Materie. Raumordnung, Verkehrsplanung, Kultur und Soziales sind für ein ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften maßgebend.

Viele Versäumnisse der Vergangenheit werden täglich in niederösterreichischen Städten sichtbar: die Leerflächen im Zentrum; heruntergelassene Rollläden; verödete Straßenzüge. Die Ursachen sind vielfältig. Neben einer Förderung der Klein- und Mittelbetriebe müssen weitere politische Rahmenbedingungen verändert werden. Schließlich geht es auch um Lebensgefühl in der Stadt

### Beispiel Verkehr:

Die Ansiedelung von Geschäften an den Ortsrändern führten zu einer Zwangsmobilität. Ältere und junge Menschen, sowie einkommensschwächere Personen ohne Auto sind vom Konsum ausgeschlossen. Aus Grüner Sicht handelt es sich um eine

Wettbewerbsverzerrung, wenn Parkgebühren in Kurzparkzonen im Stadtzentrum kostenlosen Abstellplätzen in der Peripherie gegenüber stehen. Die Grünen fordern entweder eine parkplatzabhängige Lenkungsabgabe - oder eine Verpflichtung für das Angebot von öffentlicher Anbindung.

### Beispiel Ladenöffnungszeiten:

Niederösterreich hat als einziges Bundesland die Änderung voll ausgeschöpft. Nicht nur, dass im Handel insbesondere Frauen sozial unverträgliche Arbeitszeiten haben, sind Handelstreibende mit wenig Personal im Nachteil. Die Lebensqualität der Wirtschaftstreibenden selber ist massiv beeinträchtigt: Der Chef oder

die Chefin stehen fast rund um die Uhr im Geschäft. Die Grünen fordern Chancengleichheit durch Rücknahme der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten für die Großen.

### Beispiel Bauordnung:

Der Trend geht weiterhin zu großen Verkaufsflächen. In den Innenstädten sind viele Lokale zu klein. Die Zusammenlegung von Flächen ist aufgrund diverser Verordnungen oft nicht möglich. Zur Belebung der Innenstädte ist Abbau der Bürokratie notwendig. Die Grünen fordern Änderung der Bauvorschriften und mehr Flexibilität in der Flächengestaltung von Geschäften

### Beispiel Raumordnung:

Die Gesetze der Raumordnung ermöglichen es, dass sich Einkaufszentren und Fachmärkte am Stadtrand niederlassen konnten. Trotz immensen Flächenverbrauchs wurden keine Abgaben eingeführt. Die Konkurrenz ist für die meist kleineren Geschäfte im Stadtzentrum erdrückend geworden. Die Grünen fordern eine flächenabhängige Lenkungsabgabe für Lebensmitteleinzelhandlungen ab 400 m<sup>2</sup>, für andere ab 1000 m<sup>2</sup>. Fachmarktzentren sind als ein Objekt zu bewerten!

### Beispiel Betriebsanlagengenehmigung:

Alle Gewerbebetriebe, außer landwirtschaftliche Betriebe, brauchen eine Anlagengenehmigung. Ein Gastwirt muss bürokratische Schikanen aller Art über sich ergehen lassen, der Landwirt expandiert und mindert die Lebensqualität seines Umfeldes. Die Grünen fordern ein einheitliches Verfahren für alle Betriebe, rasch und unbürokratisch.

### Beispiel Steuern:

Der immer enger werdende Gürtel der Gemeinden zwingt und zwingt sie, in Konkurrenz zu treten. Für die Gemeindeeinnahme der Kommunalsteuer ist es entscheidend, wer die HändlerInnen zur Ansiedelung bringt. Dieses Wettrennen um die Steuereinnahme, ist auch entscheidend für den Boom von Einkaufszentren. Die Grünen fordern Zustimmungserklärung von Nachbargemeinden, die im Einzugsgebiet des EKZ oder Fachmarktzentrum liegen und Berücksichtigung von Gemeinden ohne EKZ beim Finanzausgleich.

Dr. Helga Krismer



1. Abg. Dr. Helga Krismer

## Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Sie werden sehen: Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.

**GEA**  
GehenSitztenLiegen

seit 9 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel.: 02272/66701



Auch in Tulln beginnt es...

## Tulln gegen Langenrohr

(k)ein Märchen!

Vor vielen Jahren da war die Welt noch in Ordnung: Tulln war eine stolze Bezirkshauptstadt mit florierenden Geschäften. Die Bewohner der Stadt und aus den Dörfern der Umgebung strömten in diese Geschäfte und erledigten dort ihre erforderlichen Einkäufe.

Langenrohr war damals nur ein kleines unbedeutendes Dorf neben Tulln. Einige Jahre später gab es dort allerdings zigtausende Quadratmeter Verkaufsfläche und immer weniger Menschen strömten noch in die Geschäfte von Tulln.

Wie konnte es dazu nur kommen? Damals, als die Welt noch in Ordnung war, gab es keine „guten“ Straßenverbindungen nach Tulln. Man musste sich durch Dörfer wie Langenrohr quälen und konnte gar nicht richtig schnell fahren. Das war dem Bürgermeister der Stadt Tulln ein Dorn im Auge. Schließlich sollten ja noch mehr Menschen in die Stadt einkaufen kommen. Er unternahm also alles um schnelle breite Straßen nach und um Tulln herum zu bekommen. Da er gute Freunde in der Landeshauptstadt hatte wurden ihm seine Wünsche stets erfüllt.

Der gewünschte Effekt trat hingegen nicht ein: Die Menschen benützten zwar die neuen Stras-

sen, aber sie fuhrten aus Tulln hinaus statt hinein, denn durch die neuen Straßen gab es auf einmal eine große Fläche vor der Stadt, die man wunderbar mit dem Auto erreichen konnte, auf die man viele kostenlose Parkplätze und viele Geschäfte hinbauen konnte, und so geschah es auch.

Das gefiel dem Bürgermeister von Tulln natürlich gar nicht und er begann sich zu ärgern und beschwerte sich bei seinen Freunden in der Landeshauptstadt. Die konnten aber auch nicht viel unternehmen, schließlich hielt sich ja die Bürgermeisterin von Langenrohr an die Gesetze, die man in der Landeshauptstadt gemacht hatte. So begann man zu streiten und traf sich regelmäßig vor Gericht. Meistens gewann Langenrohr und der Bürgermeister von Tulln wurde immer wütender auf seine Parteikollegin aus Langenrohr. Wo sich die Möglichkeit bot versuchten sich fortan Tulln und Langenrohr das Leben schwer zu machen. Lösungen für diesen Streit schien es keine zu geben, und solange die Gesetze aus der Landeshauptstadt keinen Ausgleich zwischen den Einkaufszentren und den Städten schaffen muss es wohl so lauten: „Und wenn sie nicht gestorben sind, dann streiten sie noch heute“.

**GR Rainer Patzl**

## Klimabündnis oder Ökoschmäh?

St. Andrä-Wördern Beitritt zum Klimabündnis?

St. Andrä-Wördern will, soll, könnte Mitglied des österreichischen Klimabündnisses – einer freien Vereinigung von Städten, Gemeinden, ja sogar Bundesländern, die ihre Emissionen an klimaschädlichen Gasen bis 2010 um 50% reduzieren wollen. Das Basisjahr für die Bemessung ist das Jahr 1990.

Das klingt ganz nach „Global denken, Lokal handeln“, also ein Ansatz in die richtige Richtung. Niemand kann sich der Verpflichtung entziehen zum globalen Umweltschutz etwas beizutragen, vor allem dann nicht, wenn er im globalem Durchschnitt weit über die Verhältnisse lebt. Österreich als Land, St. Andrä-Wördern als Gemeinde, die Österreicher und Österreicherinnen als Bevölkerung verbrauchen jedenfalls pro Kopf mehr Ressourcen, benötigen zu viele fossile Energieträger, als es dem Globus und seinem Klima gut tut.

Dass ein Klimawandel bereits im Gange ist, ist wissenschaftlich nachgewiesen. Was wir wissen, ist, dass Extremereignisse wie Dürre oder Hochwasser, Kälteperioden mit Hitzeperioden abwechseln, Stürme, Rückgang von Gletschern und Polkappen etc. häufiger und intensiver zu erwarten sind.

Abzuwarten wie sich das Klima verändern wird, wäre töricht, ähnlich einem Autofahrer, der gegen eine Wand fahren will, um dann zu wissen, wie es ausgegangen ist. Knapp vor der Wand wird er bereits feststellen, dass es zu spät sein kann. Ob wir uns schon knapp vor der Wand befinden, sollte man nicht abwarten. Bremsen ist angezeigt. In diesem Sinne ist das Klimabündnis sicher eine gute Sache. Doch der Titel und die Ziele



Franz Meister

können nicht genug sein, wenn es um mehr als Bekenntnisse, wenn es um Taten geht. Ein Beitritt zum Klimabündnis macht auch für St. Andrä-Wördern nur dann Sinn, wenn man vor einem Beitritt genau weiß, was zu tun ist und wie man das Ziel erreichen kann.

Was daher Not tut, ist nicht billige Propaganda a la „Hurra, wir treten dem Klimabündnis bei und stellen ein Taferl an die Orts-einfahrt“ (weil die Kosten vom Land bezahlt werden). Grips ist angesagt, Konzepte, Varianten, Phantasie, wie möglichst alle Lebensbereiche, viele MitbürgerInnen angesprochen werden können und wie viel aus dem Gemeindebudget hierfür fix gebucht werden muss und kann.

Erst wenn der Weg zum Ziel geplant vorliegt, wenn die Mittel und Strukturen festgelegt sind, die eine Zielerreichung möglich machen, erst dann macht ein Beitritt zum Klimabündnis Sinn.

Es gibt im Klimabündnis schon jetzt allzu viele Gemeinden, die sich nur die Landesförderung „abgeholt“ und dann nichts getan haben. St. Andrä-Wördern sollte sich diese Gemeinden nicht zum Vorbild nehmen, meint Ihr

**Franz Meister**

Wir informieren:  
Die Homepage der Tullner Grünen  
[www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at)

Sie erreichen uns per e-mail:  
[tulln.@gruene.at](mailto:tulln.@gruene.at)

## Grüne in die Gemeindestuben

Mag<sup>a</sup> Ulli Fischer Bezirkssprecherin



Um bei den nächsten Gemeinderatswahlen antreten zu können brauchen wir in allen Gemeinden Menschen, die bereit sind für den Gemeinderat zu kandidieren. In mehr als der Hälfte der Gemeinden im Bezirk Tulln hätten wir nach den Ergebnissen der letzten Nationalrats- bzw. Landtagswahl bereits einen grünen Gemeinderat, in manchen Gemeinden wie z.B. Zeiselmauer

und Sieghartskirchen sicher zwei oder mehr.

Durch die Mitarbeit der grünen Gemeinderäte verändert sich das Denken in den Gemeindevorständen kontinuierlich. Begriffe wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden zum Gemeinwortschatz auch für nicht grüne Gemeinderäte. Weil die Grünen nicht mehr wegzudenken sind, können unsere Themen zum allgemeinen Gedankengut werden. Ohne persönliches Engagement auf kommunaler Ebene wird es aber vielleicht zu lange brauchen.

Daher was nützt die Einsicht, dass öffentlicher Verkehr ökologisch sinnvoll ist, wenn niemand vor Ort dafür sorgt, dass nicht wahnwitzige Straßengroßprojekte ganz Niederösterreich zur Transitroute werden lassen und der Zug abgefahren ist. Auch die Chance einer gentechnikfreien Zone für Niederösterreich sollte

nicht unterschätzt werden. Dafür ist es aber wichtig dass wir in den Ortschaften Leute haben die im Gemeinderat Überzeugungsarbeit leisten.

Wir brauchen Euch für die nächste Wahl 2005 in den Gemeindevorständen, um biologisches Essen für Schulen und Kindergärten durchzusetzen, die Trinkwasserqualität zu kontrollieren, die Altlasten auffindig zu machen, endlich mit der Ausländerintegration vor Ort zu beginnen oder unsinnige Flächenwidmungspläne publik zu machen noch bevor sie Rechtskraft erlangen.

Es ist Zeit aufzubrechen und die Möglichkeiten, die es jetzt noch in Niederösterreich gibt nicht zu verschlafen.

Die Grünen sind immer gegen alles, heißt es so gern. Weil es tut politischen Gegnern so weh, dass es eine Partei gibt, die sich aus tiefer Überzeugung für die Umwelt und die Armutsschichten einsetzt und die auch noch zuversichtlich ist. Wo keine Kritik, da keine Beachtung. Dass müssen

wir aushalten. Bürgerinitiativen sind oft anlassbezogen und dann in der einen Sache äußerst effektiv.

Ich liebe Spontanaktionen und glaube dass sie oft der richtige Weg sind, um schnell etwas zu erreichen. Aber um bei der Nachhaltigkeit zu bleiben, halte ich eine Verankerung im Gemeinderat für entscheidend. Ob jetzt grün oder grünnah ist in der Sache oft deckungsgleich, kann aber im Detail einen großen Unterschied ausmachen.

Ich möchte euch rechtzeitig auf den bevorstehenden Informationsabend zur GR-Wahl 2005 hinweisen-Montag, 22.1.2004, Landesbüro St.Pölten.

Bitte Interessenten aus anderen Gemeinden mitbringen und sich aus organisatorischen Gründen unter [noe@gruene.at](mailto:noe@gruene.at) anmelden oder beim Landesbüro unter der Tel. 02742/310660 anrufen. Oder auch schriftlich an mich: Gemeindeamt St. Andrä Wördern, zu meinen Händen.

**Mag<sup>a</sup> Ulli Fischer**

## Grenzenlos kochen in St. Andrä-Wördern

Die letzte Volkszählung brachte ein buntes Ergebnis: über 50 Nationalitäten leben in der Gemeinde St. Andrä-Wördern.

Alper Cek, Alireza Göktas, Nadia und Franz Meister und Barbara Schneider-Resl hatten die Idee, kulinarische Kontakte zu knüpfen.

Neugierig auf den Nachbarn zu machen und den Dialog zu fördern. Mit Freunden und mit der Unterstützung der Gemeinde organisierte die Gruppe vier Abende zum gemeinschaftlichen Kochen. Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden angeschrieben und eingeladen.

Inder, Ungarn, Tunesier, Tiroler, Türken, Kurden und alteingesessene St. Andrä-Wördener folgten der Idee und kamen mit

vollen Körben und Kochtöpfen, Gewürzen und Geheimnissen aus ihrer nationalen Küche.

Nun wird das Ergebnis dieser Kochabende in Form eines multikulturellen Kochbuchs präsentiert. Der Reinerlös aus dem Buchverkauf wird zur Finanzierung weiterer multikultureller Projekte sowie der Fortsetzung der Kochabende verwendet. Das gebundene Buch beschreibt auf 96 Seiten, 4färbig mit vielen Fotos, 45 Rezepte aus aller Welt (Vorspeisen, Suppen, Hauptspeisen, Süßes).

Sie erhalten das Buch zum Preis von 12,50 Euro (exkl. Versand) bei:

★ Barbara Schneider-Resl, Hauptstr. 28, 3422 Hadersfeld Tel./Fax 02242/5308, E-Mail: [mama.resl@netway.at](mailto:mama.resl@netway.at)



★ Gemeinde St. Andrä-Wördern, Tel. 02242/31300

★ In vielen Buchhandlungen und Geschäften im Raum Tulln/Klosterneuburg.

**Mit freundlicher Unterstützung der Gemeinde St. Andrä-Wördern sowie der „Gesunden Gemeinde.“**

## Die Redaktion wünscht ein erfolgreiches und friedliches 2004!

